



**Berlin, 03. Juli 2026  
Nr. 43/2026**

## **Aktionstag Mercedes: Beschäftigte aus Berlin und Brandenburg stellen sich gegen Angriff auf Tarifstandards**

**Die Mercedes-Beschäftigten aus Berlin und Brandenburg haben heute auf einer gemeinsamen Kundgebung vorm Werk in Marienfelde gegen den Angriff der Arbeitgeber auf Tarifstandards demonstriert. Sie beteiligten sich damit am bundesweiten Aktionstag der IG Metall gegen längere Arbeitszeiten und ein Aussetzen von tariflichen Sonderzahlungen.**

Mit den Protesten stellen sich die Mercedes-Kolleginnen und -Kollegen und die IG Metall gegen ein einseitiges Sparprogramm des Vorstandes auf Kosten der Belegschaft. Konkret hat das Unternehmen eine Debatte über eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich angestoßen und nutzt bestehende tarifliche Möglichkeiten, um den Transformationsbaustein von 18,4 Prozent eines Monatsverdienstes erst im nächsten Jahr statt Ende Juli auszuzahlen.

Dazu sagte IG Metall-Tarifvorständin **Nadine Boguslawski** auf der Kundgebung in Berlin-Marienfelde: „Immer wenn es schwierig wird, sollen die Beschäftigten zahlen. Das erleben wir bei Mercedes genau wie bei vielen anderen Konzernen. Diesem Angriff der Arbeitgeber auf ihre Belegschaften stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Unsere Antwort: Nicht mit uns, nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen, nicht ohne Sicherheit für Arbeitsplätze und Standorte. Zukunft gewinnt nicht, wer Lasten einseitig den Beschäftigten aufbürdet. Entscheidend für die Zukunft unserer Industrie ist neue Wertschöpfung und damit Investitionen sowie Innovationen.“

**Jan Otto**, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Die Beschäftigten haben Mercedes stark gemacht. Deshalb stehen wir heute hier: für eine faire Lastenverteilung, für sichere Arbeitsplätze, starke Standorte, für Tarifbindung und eine Zukunft mit guter Arbeit. In harten Tarifkonflikten haben Metallerinnen und Metaller die 35 Stunden-Woche durchgesetzt. Wer diesen Fortschritt in Frage stellt, stößt auf unseren entschiedenen Widerstand. Längere und unbezahlte Arbeitszeiten sind beschäftigungspolitischer Unfug, retten weder Jobs noch schaffen sie neue Aufträge.“  
Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82